

BADEN-WÜRTTEMBERG

18.12.2014 (Aktualisiert 19:22 Uhr)

Von Kerstin Conz und Herbert Beck

Die Akte Kretschmann

In den 1970er-Jahren hatte der Ministerpräsident Probleme mit dem Verfassungsschutz



Die Akte Kretschmann (Foto: StaatsArchiv)

Ravensburg/Stuttgart / sz In den 1970er-Jahren musste sich Ministerpräsident Kretschmann (Grüne) gegen ein drohendes Berufsverbot als Lehrer wehren. Die Akte lagert im Stuttgarter Staatsarchiv. Teile davon wurden jetzt mit Kretschmanns Genehmigung veröffentlicht.

Herr über die Akten ist Albrecht Ernst. Er entscheidet, was aus den baden-württembergischen Ministerien in den Reißwolf kommt und was der Nachwelt erhalten bleibt. Ernst ist Archivar im Hauptstaatsarchiv in Stuttgart. Einer seiner Schätze ist die Akte Kretschmann und wie dieser gegen ein Berufsverbot kämpfte.

Dass sich Winfried Kretschmann während seiner Studentenzzeit in linken, vor allem den

Kommunisten Chinas zugewandten Zirkeln engagierte, ist lange bekannt. Kretschmann bezeichnet diese Zeit als eine Phase des „fundamentalen politischen Irrtums“.

Auf die Unterlagen, unter denen sich auch Kretschmanns Akte befand, stieß Archivar Ernst im Keller des Innenministeriums. „Politische Betätigung von Beamten“ stand darauf. Untertitel: „Überprüfung der Verfassungstreue“. Ernst entschied: Hier wird nichts weggeschmissen. „Die politische Brisanz war sofort klar“, sagte Ernst am Donnerstag der „Schwäbischen Zeitung“ über die zwischen 1967 und 2001 angelegten rund 2000 Namen.

Akte ist zugänglich

Kretschmann kennt seine Akte schon seit einiger Zeit, sagte Nicole Bickhoff, die Leiterin des Hauptstaatsarchivs. Rund 50 Seiten waren über ihn angelegt. Allerdings könnten solche Akten normalerweise erst zehn Jahre nach dem Tod der betroffenen Person von der Öffentlichkeit eingesehen werden. In diesem Fall habe aber der Ministerpräsident erlaubt, dass die Akte schon jetzt zum Studium freigegeben wird.

Der Inhalt ist ausgesprochen interessant. Laut „Stuttgarter Zeitung“, die jetzt aus den Dokumenten zitiert, fing der Ärger des angehenden Lehrers 1975 nach dem ersten Staatsexamen an. Am Tag vor der geplanten Übernahme als Referendar in den Staatsdienst schritt das Oberschulamt ein. Der Verfassungsschutz hatte Kretschmanns Kandidaturen zum Studentenkonvent in den Jahren 1972 und 1973 für kommunistische Listen vermerkt.

Kretschmann wehrte sich nicht nur mit deftigen Stellungnahmen dagegen. Auch Solidaritätsveranstaltungen fanden statt. Erneut Probleme bekam er 1977, als aus dem Referendar ein echter Lehrer werden sollte. Letztlich aber konnte er die Zweifel an seiner freiheitlich-demokratischen Einstellung ausräumen.

Das Stuttgarter Staatsministerium betonte am Donnerstag, nach der laufenden Studie über während der NS-Zeit begangenes Unrecht durch baden-württembergische Behörden solle auch der Umgang mit dem Radikalenerlass untersucht werden.

Erst in der vergangenen Woche hatten Demonstranten das vor dem Landtag gefordert. In dieser Legislaturperiode sei das „allerdings nicht mehr in der Tiefe und Seriosität“ möglich. Das Thema sei forschungsintensiv und komplex. So müssten „äußerst schwierige Datenschutzprobleme“ erörtert und eine Vielzahl an Fällen aufgearbeitet werden. Bundesweit sind damals nach Schätzungen bis zu 3,5 Millionen Überprüfungen erfolgt. Allerdings sind längst nicht alle dokumentiert. Im Landesarchiv finden sich noch etwa 2000 Akten, die direkt Personen zugeordnet werden können.

URL: http://www.schwaebische.de/region/baden-wuerttemberg_artikel,-Die-Akte-Kretschmann-_arid,10143806.html

Copyright: Schwäbisch Media Digital GmbH & Co. KG / Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler. Jegliche Veröffentlichung, Vervielfältigung und nicht-private Nutzung nur mit schriftlicher Genehmigung. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an online@schwaebische.de.